

**URGENT ACTION**

# **USA SOLLEN INITIATIVE ZUR KONFLIKTLÖSUNG ANSTOSSEN**

## **KOLUMBIEN/USA**

UA-Nr: **UA-062/2021** AI-Index: **AMR 23/4231/2021** Datum: **14. Juni 2021** – sd

### **BEVÖLKERUNG IN KOLUMBIEN**

**In Kolumbien wurde am 28. April 2021 der Generalstreik ausgerufen. Nach wie vor finden landesweit Hunderte von Protesten statt. Die Behörden reagierten mit einer Stigmatisierung der Demonstrierenden, und es kam zu massiven Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte, die möglicherweise als völkerrechtliche Verbrechen zu werten sind. Die Situation verschlechtert sich zusehends. Während die Interamerikanische Menschenrechtskommission Kolumbien bereits besucht und Untersuchungen wegen der Gewalt bei den Protesten eingeleitet hat, blieb eine Reaktion der Mitgliedsstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) bisher aus. Jetzt fordert Amnesty International das Außenministerium der Vereinigten Staaten auf, innerhalb der OAS eine diplomatische Initiative zur Lösung des Konflikts anzustoßen.**

Kolumbien wird seit dem 28. April von massiven Sozialprotesten erschüttert. Anlass war eine umstrittene und inzwischen zurückgenommene Steuerreform der Regierung von Präsident Ivan Duque. Außerdem fordern die Protestierenden deutliche Verbesserungen bei der Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung, ein Ende der Tötungen von Menschenrechtsverteidiger\_innen sowie die vollständige Umsetzung des Friedensabkommens.

Die Regierung reagierte mit einer Stigmatisierung der Demonstrierenden, und es kam zu massiven Übergriffen durch die Sicherheitskräfte. Diese werden in Dutzenden Fällen für außergerichtliche Tötungen, Verschwindenlassen, willkürliche Festnahmen, Folter und andere grausame und unmenschliche Behandlung sowie geschlechtsspezifische Gewalt verantwortlich gemacht. Sämtliche Vorwürfe stellen Menschenrechtsverletzungen dar und sind möglicherweise als völkerrechtliche Verbrechen zu werten.

Darüber hinaus liegen glaubwürdige Berichte über paramilitärische Aktionen in verschiedenen Städten vor, bei denen Personen in Zivilkleidung Demonstrierende verletzt und sogar getötet haben – geduldet von den Sicherheitskräften.

Selbst einhalb Monate nach Beginn des Generalstreiks bleiben die Mitgliedsstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) untätig. Dieses alarmierende Schweigen kostet Dutzende von Menschenleben. Außerdem besteht ein hohes Risiko, dass die Situation weiter eskaliert. Kolumbien ist für seine konfliktreiche Geschichte bekannt, und es ist an der Zeit, dass die OAS-Mitgliedsstaaten konkrete Maßnahmen gegen die gegenwärtige Krise ergreifen.

### **HINTERGRUNDINFORMATIONEN**

Am 28. April begann in Kolumbien ein landesweiter Generalstreik (Paro Nacional). Auslöser war eine von Präsident Ivan Duque geplante Steuerreform, die vorsah, der Wirtschaftskrise im Land – die sich durch die Corona-Pandemie noch verschlechtert hatte – mit Steuererhöhungen entgegenzuwirken.

Mit dem Generalstreik werden außerdem die Forderungen aus dem Mega-Streik von 2019 erneuert, der wegen der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Ausgangssperren im März 2020 zum Erliegen kam. So etwa die Forderung nach einem Ende der Tötungen von Menschenrechtsverteidiger\_innen, die Umsetzung des Friedensabkommens, ein zugängliches, sicheres und umfassendes Gesundheitssystem sowie eine

**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



grundlegende Polizeireform. Neu auf der Liste der Forderungen ist die sofortige Beendigung polizeilicher Repressionsmaßnahmen gegen die Teilnehmenden von Protesten.

[Menschenrechtorganisationen vor Ort](#) dokumentierten, dass bis 31. Mai schätzungsweise 45 Personen von Ordnungskräften getötet wurden. Außerdem erfassten sie 25 Betroffene von sexualisierter Gewalt und sechs weitere von geschlechtsspezifischer Gewalt, sowie 1.649 willkürliche Festnahmen und 65 Personen mit Augenverletzungen. Die Staatsanwaltschaft nennt in einem Bericht vom 24. Mai 129 „Verschwundene“.

[Amnesty International](#) hat Videos verifiziert, in denen zu sehen ist, wie die kolumbianische Polizei in verschiedenen Landesteilen sowohl tödliche als auch weniger tödlichen Waffen wie Tränengas oder Wasserwerfer willkürlich gegen Demonstrierende einsetzt. Einige dieser Waffen wurden in den USA hergestellt.

Am 28. Mai traf sich der US-Außenminister mit der Vizepräsidentin und Außenministerin Kolumbiens. Anschließend sagte er, dass er „das unbestreitbare Recht der Bürgerinnen und Bürger auf friedliche Proteste“ bekräftige. Darüber hinaus brachte er „seine Besorgnis und sein Beileid wegen der während der Proteste verlorenen Menschenleben zum Ausdruck“.

Mehr als drei Wochen nach ihrer formellen Anfrage konnte die Interamerikanische Menschenrechtskommission vom 8. bis 10. Juni Kolumbien einen Arbeitsbesuch abstatten. Bisher hat jedoch noch kein Mitgliedsstaat des Ständigen Rats der Organisation Amerikanischer Staaten versucht, sich vor Ort ein Bild über die Lage zu machen, die Situation zu analysieren oder bei der Entwicklung von Lösungen zur Menschenrechtskrise in Kolumbien mitzuwirken.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

#### **E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Ich appelliere an Sie, innerhalb der Organisation Amerikanischer Staaten eine regionale diplomatische Initiative anzustoßen und zu leiten, um menschenrechtskonforme Lösungen für die aktuelle Krise in Kolumbien zu entwickeln und vorzuschlagen.

**ACHTUNG!** Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### **APPELLE AN**

##### **AUSSENMINISTER DER USA**

Mr. Anthony J. Blinken  
Secretary of State United States Department of State  
2201 C Street, NW  
Washington, D.C. 20520  
USA

(Anrede: Dear Secretary of State / Sehr geehrter Herr Außenminister)

**E-Mail: [secretary@state.gov](mailto:secretary@state.gov)**

**Twitter: [@SecBlinken](https://twitter.com/SecBlinken)**

#### **KOPIEN AN**

##### **BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Frau Robin Suzanne Quinville  
Clayallee 170  
14195 Berlin  
**Fax: 030-83 05 10 50 oder 030-831 49 26**  
**E-Mail: [feedback@usembassy.de](mailto:feedback@usembassy.de)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **9. August 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- I call on to you to lead a regional diplomatic initiative within the Organization of Americas States to analyse and propose human rights-based solutions to the current crisis in Colombia.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

